



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

13. März 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Ein weiterer Schritt hin zu einem weltweiten Krieg

Erneut haben die USA einen Krieg mit unabsehbaren Folgen für die ganze Welt begonnen.

Seit dem 28. Februar bombardieren sie gemeinsam mit Israel Tag für Tag massiv den Iran und Libanon, setzen Wohnviertel und Ölquellen in Brand. Innerhalb weniger Tage wurden eine Reihe weiterer Länder hineingezogen: Gegenschläge des Irans treffen Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate.

Raketen gelangen in türkischen Luftraum. Iranische Drohnen wurden in Zypern gesichtet, woraufhin EU-Staaten Truppen dorthin schicken. Im Irak drohen unter dem Druck beider Seiten erneut Kämpfe zu entflammen. Die Öl- und Gaspreise explodieren. Welche Folgen wird der Krieg noch haben?

Deutschland ist aktiv daran beteiligt. Die deutsche Regierung hat sich nicht nur erneut hinter den Angriffskrieg der USA gestellt. Ein Teil der Drohnen- und Raketenangriffe auf den Iran steuert die US-Armee... von ihrer Militärbasis im deutschen Ramstein aus.

Nach Venezuela, Kuba, Grönland ist der Iran eine weitere Etappe in dem Machtkampf der USA. Trump will nicht länger dulden, dass das iranische Regime ihm nicht gehorcht und 90% seines Öls an den wichtigsten Gegner der USA verkauft: an China. Die US-Regierung will das Land und seine immensen Öl-Vorkommen wieder unter ihre Kontrolle bringen und ihre Herrschaft im gesamten Nahen Osten ausweiten. Und sie ist bereit, dafür die ganze Welt in noch mehr Unsicherheit, Chaos und Krieg zu stürzen!

Trump hat die Dreistigkeit, sich und die israelische Regierung als Befreier der iranischen Bevölkerung zu präsentieren. Sie, die noch das Blut von 100.000 Palästinensern an ihren Händen haben – und die drohen, nun die Hauptstadt des Libanon in einen zweiten Gaza-Streifen zu verwandeln!

Wer könnte die US-Regierung noch für

Befreier halten? Sie, die gerade in der ganzen Welt offen das diktatorische Recht des Stärkeren durchsetzt?

Dem Regime im Iran ist es in den letzten Jahren immer schlechter gelungen, seine grausame, reaktionäre und arbeiterfeindliche Diktatur aufrechtzuerhalten. Es gab mehrere mutige Revolten der Bevölkerung. Und Anfang des Jahres brachte ein riesiger Aufstand die Herrschaft der Mullahs ernsthaft ins Wanken. Um seine Macht noch einmal zu retten, ermordete das Regime 30.000 Demonstranten.

Die US-Regierung hat seelenruhig abgewartet, während das iranische Regime seine Bevölkerung abgeschlachtet hat. Erst anschließend hat sie dies als „gute Gelegenheit“ genutzt, um ihren Krieg zu beginnen. Und ihre Bomben terrorisieren und töten nun auch die Gegner des Regimes.

Diejenigen, die die Bevölkerungen bombardieren, sind niemals Befreier. Ihr Ziel ist nicht die Menschen zu verteidigen, sondern sie durch Waffengewalt ihren Interessen zu unterwerfen.

Sollte dieser Krieg tatsächlich zu einem Wechsel des Regimes führen, dann werden all die Menschen im Iran, die unter Einsatz ihres Lebens gegen die Diktatur gekämpft haben, nicht gefragt. Dann haben Trump und Netanjahu die Macht zu entscheiden, wer im Iran künftig in ihrem Interesse regieren wird. Und wie ein solches Regime aussieht, können wir uns vorstellen!

Doch es könnte noch schlimmer kommen: Ihr Krieg könnte Kräfte entfesseln, die das Land in einem dauerhaften Kriegszustand treiben. Das Schicksal der Menschen in Afghanistan, Irak oder Syrien zeigt, was für eine „Befreiung“ die Bomben der USA bringen: noch mehr Chaos, Trümmer, Armut, Unterdrückung und Verzweiflung.

Dieser Krieg betrifft uns alle! Er betrifft uns nicht nur, weil die Ölkonzerne auch diesen Krieg ausnutzen, um die Preise gnadenlos in die Höhe zu treiben. Er

betrifft uns vor allem, weil er nicht irgendwann endet und dann wieder Frieden sein wird. Allein schon, weil der dahinter liegende Machtkampf der USA gegen ihren Gegner China nicht aufhören wird.

Dieser Krieg in einer so wichtigen Region heizt zwangsläufig die weltweite Kriegsspirale weiter an. Er ist – nach der Ukraine – eine weitere Etappe in der Entwicklung hin zu einem Weltkrieg.

In den letzten Jahren hat man uns erzählt, die Kriegsgefahr für uns ginge allein von einem „verrückten“ Putin aus. Nun sagt man uns, sie komme auch von dem „verrückten“ Trump. Und warum nicht morgen auch von einem „verrückten“ deutschen Kanzler?

Tatsächlich geht der Krieg von einem verrückten System aus! Von einem Wirtschaftssystem, in dem Konzerne und ihre Staaten immer aggressiver um Öl, um Rohstoffe, um Absatzmärkte kämpfen. Und in diesem weltweiten, auf Krieg zusteuernenden Konkurrenzkampf ist auch die deutsche Wirtschaft tief verstrickt.

Wir sehen den Krieg seit einigen Jahren immer deutlicher auf uns zukommen. Alle Länder rüsten in rasendem Tempo auf. Kriegspropaganda, Nationalismus und Militarisierung der Gesellschaft schreiten überall mit großen Schritten voran. Und wir wissen, dass wir Arbeitenden die ersten sein werden, die für ihren Krieg den Kopf hinhalten müssen. Doch im Moment fühlen wir uns unfähig, dies zu verhindern. Das ist bitter. Denn wir Arbeitenden sind die einzige gesellschaftliche Kraft, die das Interesse und die Mittel dazu haben, uns dieser Entwicklung entgegenszustellen.

Wie viele Tote wird es noch geben, bis wir uns unserer Macht bewusst werden und beschließen die Dinge selber in die Hand zu nehmen und die Ausbeuter und Kriegstreiber unschädlich zu machen? Deshalb müssen wir Arbeitenden dringend anfangen uns zu organisieren – gegen eine kapitalistische Klasse, die die gesamte Menschheit gefährdet. Je früher, desto besser!

Die Regierung will Kritik an ihrer aggressiven Politik mundtot machen

Der sehr rechtskonservative CDU-Kulturstaatsminister Weimer hat sich vorgenommen, die Medien und Kulturbetriebe „auf Linie“ zu bringen.

So hat er versucht, die Leiterin der Berlinale abzusetzen, weil sie nicht verhindert habe, dass einige Schauspieler und Regisseure bei den Filmfestspielen ihre Solidarität mit den Palästinensern zum Ausdruck brachten, die noch immer von Israel terrorisiert und ermordet werden. Und nun hat er bei der Leipziger Buchmesse mehrere Buchhandlungen ausgeschlossen, die für einen Preis nominiert waren, weil... sie ihm zu links waren.

Es ist nicht schwer, für den Kulturstaatsminister „zu links“ zu sein. Weimer – der selber Bücher verfasst und einen Verlag besitzt – predigt dort seit Jahren einen

radikalen Kapitalismus.

Er tritt für rücksichtslose Profit-Jagd ein und macht keinen Hehl aus seiner Verachtung für Ärmere und Migranten. Passend dazu fordert er, dass die Kolonialzeit, in der Europa große Teile der Welt beherrscht und ausgeplündert hat, in den Schulen nicht kritisiert, sondern positiv dargestellt wird. Überhaupt würde er gerne die alten Werte wieder einführen, Homosexualität aus der Öffentlichkeit verbannen und das Christentum zur Staatsideologie machen.

All das hat er zigfach geschrieben, veröffentlicht und in Talk-Shows verteidigt, bevor er zum Kulturstaatsminister ernannt wurde. Seine Ernennung war also kein Versehen. Die Herrschenden brauchen in der heutigen Krisenzeit genau

so einen Mann.

Während der ehemalige Blackrock-Chef Merz als Rammbock gegen die Rechte der Arbeiter und die gesetzliche Rente und Krankenversorgung dient, soll Weimer durchsetzen, dass es in Medien und Kultur weniger Kritik an der aggressiven Politik der deutschen Regierung gibt: an den Angriffen auf die Arbeitenden – und erst recht an der Vorbereitung und Unterstützung von Kriegen, die – genau wie in Weimers geliebter Kolonialzeit – für Rohstoffe, Absatzmärkte und die Interessen der Reichen geführt werden.

Die derzeitigen Versuche der Regierung, erste kritische Stimmen in Kultur und Medien mundtot zu machen, sind daher ein Angriff auf uns alle.

Landtagswahlen: Von arbeiterfeindlich...

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 8. März hat die SPD die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Sie kam nur noch auf 5,5%. Auch bei den kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz sagen die Umfragen ihr große Stimmverluste voraus. Wen könnte es wundern? Die SPD bezahlt für die arbeiterfeindliche Politik, die sie in der Regierung Merz noch offener als vorher führt.

Zwar sind die CDU-Minister die treibende Kraft, die uns als „faul“ beschimpfen, die die Arbeitszeit und das Rentenalter erhöhen, die Lohnfortzahlung bei Krankheit einschränken und Zwangsarbeit einführen wollen. Dass insbesondere Merz und Söder dies so offen ausgesprochen haben, hat auch der CDU Stimmen gekostet, die an die Grünen gegangen sind. Doch die CDU kann mit dieser arbeiterfeindlichen Arroganz zumindest beim rechten, kleinbürgerlichen Teil ihrer Wähler punkten. Die SPD hingegen hat nun auch die letzten Illusionen zerstört, dass sie eine „soziale“ Partei „auf Seiten der Arbeitenden“ sein könnte.

Wie könnte sie auch! Die Kapitalisten verlangen eine aggressive Politik, um ihre Profite in den weltwirtschaftlich unsicheren Krisen-Zeiten trotzdem zu sichern und sogar noch zu steigern. Und die SPD hat schon vor langer Zeit entschieden, dass sie sich, wenn es drauf ankommt, immer auf die Seiten der Kapitalisten stellt.

...zu noch arbeiterfeindlicher

Die große Gewinnerin dieser Entwicklung ist die AfD, die ihre Stimmen verdoppeln kann – auf fast 20%. Doch das bedeutet, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Schließlich unterstützt die AfD noch offener die aggressive Politik der Reichen gegen uns.

Wir brauchen doch nur in die USA zu schauen. All diejenigen, die Trumps Versprechen geglaubt hatten, dass er für Arbeitsplätze und niedrigere Preise sorgen und das Geld nicht mehr für Kriegs-Abenteuer im Ausland ausgeben würde, wurden eines Besseren belehrt. Das Leben der arbeitenden Bevölkerung ist im Gegenteil noch unsicherer geworden.

Die Preise für Sprit, Heizung, Lebensmittel und viele andere Waren sind durch Trumps Zoll- und Kriegspolitik im Interesse der US-Konzerne noch mehr in die Höhe geschossen. Hunderttausende wurden außerdem entlassen und die Krankenversorgung noch weiter kaputtgespart, während die Milliardäre so reich sind wie nie.

Und statt Kriminelle jagt und deportiert Trumps Polizei migrantische Bauarbeiter, Tagelöhner, Altenpflegerinnen und Amazon-Kurierfahrer, während die Kriminellen (Epstein lässt grüßen) in der Regierung selber sitzen. Erst der mutige, einfallsreiche Widerstand vieler einfacher Menschen, darunter einige Trump-Wähler, hat Trump gezwungen, diese Jagd auf Arbeiter derzeit einzustellen.

Keine Partei an der Regierung wird uns vor den Angriffen der Kapitalisten schützen. Den Kampf dafür werden wir Arbeitenden selber in die Hand nehmen müssen.



Öl-Preise: Die Kriegsgewinnler sahen ab

Obwohl die Lager noch voll sind, ist der Preis für Öl an der Börse mit Kriegsbeginn sofort um 30% gestiegen.

Mehr noch: Bereits vor Ausbruch des Krieges haben Hedgefonds darauf spekuliert und 200 Tankschiffe voller Öl aufgekauft. Dieses Öl halten sie nun zurück. Sie setzen darauf, dass mit der Blockade der Straße von Hormus das Öl irgendwann knapper werden könnte und sie dann noch höhere Wucherpreise für ihr gebunkertes Öl verlangen können.

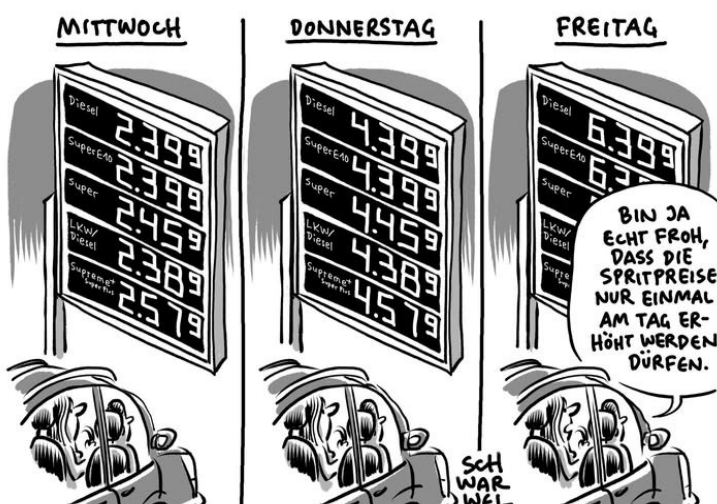
In den Spekulations-Fonds, die die Ölpreise in die Höhe treiben, haben alle großen Unternehmer und Reichen Geld angelegt. Es sind also die Kapitalisten Deutschlands und der ganzen Welt, die davon profitieren, dass die Bevölkerungen Irans und Libanons unter den Bomben sterben.

Und es ist all diesen Kapitalisten vollkommen gleichgültig, dass diese horrenden Ölpreise die Weltwirtschaft in die nächste Krise zu treiben drohen – und Hunderte Millionen Menschen vor allem in den ärmeren Ländern in die nächste Hungersnot.

Wir vertanken unseren Lohn

Die gestiegenen Ölpreise an der Börse sind jedoch kein Grund, warum die Preise an den Tankstellen in Deutschland quasi vom ersten Tag an um 30 Cent pro Liter gestiegen sind. Denn das Öl, das die Konzerne derzeit dort verkaufen, haben sie lange vor Kriegsbeginn billig eingekauft.

Die Öl-Konzerne nutzen schlicht die Gelegenheit, um auf unserem Rücken



saftige Zusatz-Profite zu kassieren.

... und die Politik schaut zu

Doch für die Regierung kommt es natürlich nicht in Frage, das Recht der Öl-Konzerne auf grenzenlose Profitmachelei auch nur einzuschränken. Stattdessen überlegt sie einzuführen, dass die Tankstellen künftig nur noch einmal am Tag die Preise erhöhen dürfen. Was für eine Beruhigung!

Einige Oppositions-Parteien wie die AfD fordern, die Steuern auf Benzin und Diesel zu verringern. Das hat die Regierung 2022 beim Ukraine-Krieg getan. Das Ergebnis: Die Öl-Konzerne haben die Preise trotzdem nicht gesenkt, sondern sich die 3 Milliarden Steuersenkung ebenfalls in die eigene Tasche gesteckt. Und die 3 Milliarden fehlenden Steuern wurden dann auch noch bei uns eingespart.

Die Öl-Konzerne zwingen, die Preise zu senken!

Es gibt nur einen Weg, diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Man muss die Öl-Konzerne zwingen, sofort ihre Preise zu senken. Und wenn sie sich weigern, dann muss man ihre Betriebe und Vermögen beschlagnahmen, so wie es sich für Räuber und Erpresser gehört.

VW, Eon: Für manche ein sanftes Ruhekissen

Sie arbeiten nicht, aber leben in Saus und Braus: Der ehemalige Manager Teyssen, der seit 2021 nicht mehr bei Eon arbeitet, bekommt noch immer jährlich 9,06 Millionen Euro „Rente“ vom Konzern. Der ehemalige VW-Chef Diess kassiert 9,01 Millionen Euro. All die Arbeitenden hingegen, die von eben diesen Managern wegen der „schwierigen Zeiten“ entlassen wurden, mussten zum Jobcenter!

Dieselben Manager und Großaktionäre fordern gerade zusammen mit ihren CDU-Freunden, dass wir gefälligst länger arbeiten sollten, weil kein Geld da wäre, um uns so viele Jahre im Ruhestand zu „versorgen“. Richtiger wäre wohl, wir sollen noch länger und mehr arbeiten... um SIE ein Leben lang mit Millionen zu versorgen.

VW: Krise sind 7 Milliarden Euro Reingewinn

Der VW-Konzern spricht von „katastrophalen“ Zahlen. Was die Bosse darunter verstehen? Dass der Konzern „nur“ genauso viele Autos wie im letzten Jahr verkauft hat, nämlich 9 Millionen. Und dass er (nach Steuern) „nur“ 7 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat.

Diese Milliardengewinne hat VW trotz US-Zöllen und weniger Verkäufen in China gemacht, weil der Konzern alle Folgen dieser Krise auf die Arbeiter abgewälzt hat: indem er 50.000 Arbeitsplätze vernichtet und allen übrigen Arbeitenden die Löhne gekürzt hat und sie noch mehr auspresst. Dank dieses Kahlschlags ist für die Aktionäre weiterhin Geld ohne Ende da: Allein die Familie Porsche Piëch, die die Hälfte des VW-Konzerns besitzt, kassiert über eine Milliarde Euro an Dividende!

Und damit sich die Porsche-Familie auch in diesen unsicheren Zeiten auf jeden Fall weiter bereichern kann, hat VW angekündigt, noch mehr bei den Arbeitern zu sparen und vielleicht ganze Werke zu schließen.

Dass reiche Kapitalisten-Familien die Unternehmen ausplündern und dafür die Existenz zehntausender Arbeitender ruinieren, das ist die eigentliche Katastrophe – nicht nur bei VW!

Ein Rat für Unternehmer, nicht für Arbeiter

Das VW-Werk in Osnabrück steht ganz oben auf der Liste der Betriebe, die die Manager zu schließen drohen, um noch mehr einzusparen. Und was ist die Antwort des VW-Betriebsrates? Die Betriebsratsvorsitzende schlägt vor... den Einstieg in die Rüstungsproduktion zu prüfen, „um den Standort Osnabrück zukunftsfest aufzustellen“.

Die Arbeitenden sollen also (vielleicht) kurzfristig ihre Arbeitsplätze retten, indem sie heute Waffen produzieren, mit denen sie dann morgen auf Arbeitende anderer Länder schießen und sich gegenseitig umbringen sollen? Das ist keine sichere „Zukunft“, sondern die schlimmstmögliche Zukunft für uns alle.

Auf die sehr viel naheliegendere Antwort, nämlich Widerstand gegen die VW-Besitzer und ihre Profitgier zu organisieren, kommt die IG-Metall-Betriebsratsspitze nicht. Um ihre Haut zu verteidigen, werden die Arbeitenden dies notfalls ohne sie tun müssen.

Sklavenarbeit in deutschen Pflegeheimen

Viele private Altenheime – die oft Investment-Fonds gehören – leben von der grenzenlosen Ausbeutung von Pflegekräften aus dem Ausland. Sie setzen darauf, dass viele Pflegekräfte sich verschulden, um nach Deutschland zu kommen und ihr Aufenthaltsrecht an die Arbeit geknüpft ist. Daher können sie nicht einfach kündigen, egal wie schlimm die Arbeitsbedingungen sind.

Ein besonders widerlicher Fall: In Altenburg bei Gera (Ostdeutschland) hat die private Pflegeheim-Firma Michael Hose seit Jahren Auszubildende aus Vietnam ausgenutzt. Sie wurden in verschimmelten Zimmern untergebracht, für die die Firma ihnen noch 275 Euro Miete abknöpfte. Die versprochene Ausbildungsvergütung hingegen wurde den 40 Azubis nur teilweise gezahlt. Einige schufteten monatelang ganz ohne Lohn. Am Unterricht in der Berufsschule konnten sie oft ebenfalls nicht teilnehmen, weil ihnen das Geld für Zugtickets fehlte. Und statt ihre Familien in Vietnam unterstützen zu können, mussten diese ihnen Geld schicken.



Das war selbst für die Behörden zu krass, die sonst bei dieser Ausbeutung gerne wegsehen. Ende August entzogen sie der Pflege-Firma die Ausbildungs-Lizenz. Doch um die ehemaligen Azubis kümmerten sie sich nicht. Die Azubis verloren ihre Arbeit und mussten ihre Betriebswohnungen verlassen. Manche wurden obdachlos.

Unterstützung bekamen sie stattdessen von anderen Arbeitenden aus Vietnam und anderen Pflegekräften. Diese halfen ihnen, eine Unterkunft und eine neue Ausbildung zu finden. Sie haben außerdem Geld gesammelt, damit die Azubis einen Anwalt bezahlen können, um ihren fehlenden Lohn einzuklagen.

Diese Solidarität unter Arbeitenden ist die einzige, auf die wir zählen können.

Bald keine Arbeitsgerichte mehr?

Die NRW-Landesregierung (CDU, Grüne) will 15 von 30 Arbeitsgerichten schließen. Wer sich gegen seine Firma wehren will, muss dann noch viel länger bis zum Prozess warten.

Wie passend kommt diese Sparmaßnahme genau jetzt, wo die Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Lage noch mehr entlassen wollen.

Es ist ein wahres Geschenk an die Bosse! Sie können Arbeitende entlassen, ihnen Lohn vorenthalten oder andere Rechte verweigern – und sich seelenruhig zurücklehnen, weil bis zu einem Prozess Monate oder gar Jahre vergehen. Für uns Arbeitenden hingegen zählt jeder Tag.

* * * * *

Da passt es doch gut, dass die Bundesregierung einige Rechte für uns Arbeitende gleich ganz abschaffen will, zum Beispiel den 8-Stunden-Tag oder auch das Recht auf Teilzeit. Denn Rechte, die man nicht hat, kann man natürlich auch nicht einklagen.

Auch heute schon können wir Arbeitenden uns nicht darauf verlassen, von den Arbeitsgerichten Unterstützung zu bekommen. Auch heute schon sind sowohl die Gesetze wie die Richter meist nicht auf unserer Seite. Doch was sie nun planen, macht umso deutlicher, dass wir unsere Rechte mit anderen Mitteln verteidigen müssen.

„Export-Weltmeister“ im Töten

Deutschlands Export-Industrie krank? Eine Branche auf jeden Fall nicht: die Rüstungsindustrie. Im Gegenteil, hier hat Deutschland mittlerweile sogar China überholt und ist nun der viertgrößte Waffen-Exporteur der Welt. Das Geschäft mit dem Tod beschert Konzernen wie Rheinmetall, Airbus Defence oder Thyssenkrupp Marine Systems Rekorde bei Aufträgen und Gewinnen.

Die größten Käufer der deutschen Waffen sind die Ukraine, Israel, Ägypten und die USA. Die deutschen Waffenkonzerne profitieren also nicht nur von dem endlosen, zerstörerischen Krieg in der Ukraine.

Deutsche Waffen tragen damit gerade maßgeblich dazu bei, die Bevölkerung im Libanon und dem Iran zu terrorisieren und die Kriegsspirale im Nahen Osten weiter anzukurbeln.

Ihre Achilles-Ferse: die eigenen Soldaten

Das Herzstück der amerikanischen Kriegs-Truppen gegen den Iran ist der Flugzeugträger USS Gerald Ford, der größte und modernste der US-Marine. Bevor Trump ihn in den Nahen Osten schickte, kreuzte er bereits drei Monate lang in der Karibik, um Venezuela einzuschüchtern.

Nur reicht Technologie allein nicht aus, um 75 Flugzeuge zu fliegen und zu navigieren. Man braucht auch 4.000 Matrosen an Bord. Und genau diese sind laut US-amerikanischen Medienberichten müde, wegen der endlosen Kriegs-Serie der US-Regierung schon seit einem halben Jahr nicht mehr in ihren Heimathafen zurückkehren zu können.

So hat sich an Bord ein mysteriöses Phänomen verstopfter Toiletten ausgebreitet, von dem innerhalb von vier Tagen ein Drittel aller Toiletten betroffen war. Das könnte die Rückkehr des Flugzeugträgers eventuell beschleunigen oder zumindest für Unruhe sorgen.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

*Das Rote Tuch kann man auch
abonnieren,
für 14 € pro Jahr!*